

Sorgen um Bäder, Busse und Gesundheit

Mehrheit im Gemeinderat warnt vor negativen Folgen durch Freihandelsabkommen TTIP

Baden-Baden (hol) – Der Gemeinderat hat sich auf Antrag der Grünen und der SPD am Montag mit den Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) und dem Handelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) beschäftigt und vor möglichen negativen Folgen für die Kommunen in Deutschland gewarnt. Das Gremium begrüßte den Beschluss des Deutschen Städtetags, der sich für den Schutz und den Fort-

bestand der kommunalen Daseinsvorsorge ausgesprochen hat. Werner Henn (SPD) sagte, der normale Bürger werde von dem Freihandelsabkommen nichts haben. Die angestrebte Deregulierung des Handels werde negative Folgen für die Städte haben. Er habe „Angst um Bäder, Busse und Kultur“, weil die öffentliche Subventionierung dieser Bereiche künftig nicht mehr rechtmäßig sein könnte. Auch die CDU habe

diese Bedenken, sagte Fraktionschef Armin Schöpflin. Er begrüße zwar die Verhandlungen. Die öffentliche Daseinsvorsorge dürfe aber nicht angefasst werden. Schöpflin nannte ausdrücklich das öffentlich geförderte Gesundheitssystem und die Kultur als Beispiele. Eine „kritische Begleitung der Verhandlungen“ durch den Städtetag forderte auch Beate Böhlen (Grüne). Zudem müsse es mehr Transparenz bei den

Verhandlungen geben. Auch Hans-Peter Ehinger (FW) vertrat diesen Standpunkt. Dagegen betonte Rolf Pilarski (FDP), dass die Menschen in Europa seiner Meinung nach von den Abkommen profitieren werden – durch den Zuwachs von Arbeitsplätzen und eine Steigerung des Nettolohns. Die Sorgen der anderen Fraktionen teile er nicht. Er forderte mehr Aufklärung und eine sachliche Debatte.